



**An die
Mitglieder
des Ausschusses für Umwelt, Klima,
Grünflächen und Forsten**

Fachbereich Klimaschutz, Nachhaltigkeit, Umwelt und Mobilität

Bereich Umwelt
Bei der Ratsmühle 17A
Auskunft erteilt

Herr Moll, Zimmer D1

Telefon 309 – 3198 Telefax 309 – 3448

Email
malte.moll@stadt.lueneburg.de

Mein Zeichen Datum
07.03.2025

PROTOKOLL

Anliegend erhalten Sie das Protokoll zur nachstehenden Sitzung:

<p>▼ Gremium</p> <p>Ausschuss für Umwelt, Klima, Grünflächen und Forsten</p>	<p>▼ Sitzung vom:</p> <p>12.12.2024</p>
<p>▼ Sitzungsort</p> <p>Huldigungssaal, Rathaus</p>	<p>▼ Tatsächliche Sitzungsdauer</p> <p>16:00 - 18:45 Uhr</p>

Den Öffentlichkeitsstatus der Sitzung entnehmen Sie bitte der beigefügten Tagesordnung.

Vorsitzender

Dezernentin

Protokollführer

Gros

Gundermann

Moll



ANWESENHEITSLISTE

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Herr Ralf Gros

Mitglieder des Gremiums

Herr Eckhard Pols

Frau Carmen Maria Bendorf

Herr Ulrich Blanck

Herr Friedhelm Feldhaus

Herr Kai Herzog

Herr Uwe Nehring

Herr Patrick Schulze

Grundmandat

Herr Cornelius Grimm

Herr Dirk Neumann

Beratende Mitglieder

Frau Ulrike Ahlers

Vertretung für: Herrn Karl Wurm

Herr Theudas Tafara Mambondo

Herr Sascha Rhein Kleingärtner-Bezirksverband e.V.

Herr Arnold Spliesgar

Verwaltung

Frau Heike Gundermann Stadtbaurätin

Herr Markus Moßmann Erster Stadtrat

Frau Alina Nimmerjahn , Stabsstelle 06

Herr Jürgen Kipke FBL 3b

Frau Uta Hesebeck FBL 7

Herr Volker Schulz BL 31

Frau Constanze Keuter BL 74

Herr Hans Hockemeyer B 744

Herr Sebastian Prigge FBL 2

Protokollführung

Herr Malte Moll , 06-01

Abwesende Mitglieder

Mitglieder des Gremiums

Herr Keno Freund entschuldigt

Herr Christian-Tobias Gerlach entschuldigt

Beratende Mitglieder

Herr Karl Wurm entschuldigt

TAGESORDNUNG:

Öffentlicher Teil

- 1** **Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 2** **Feststellung der Tagesordnung**
- 3** **Genehmigung des Protokolls vom 12.08.2024**
- 4** **Genehmigung des Protokolls vom 25.09.2024**
- 5** **Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil**
- 6** **Einwohnendenfragen**
- 7** **Sachstandsbericht zur Durchgängigkeit der Ilmenau - Planung der Anlagen zum
Fischaufstieg**
- 8** **Beratung zum Haushalt 2025/2026 im Baudezernat für den Bereich 73 Friedhöfe
und Bereich 74 Grünplanung und Forsten
Vorlage: VO/11567/24**
- 9** **Forstbericht 2023
Vorlage: VO/11603/24**
- 10** **Verwendung von Klimabäumen bei Nachpflanzungen
Vorlage: VO/11604/24**
- 11** **Darstellung Förderprojekt der Deutschen Wildtierstiftung "Schutz von Fledermäu-
sen in Stadt und Landkreis Lüneburg"
Vorlage: VO/11600/24**
- 12** **Anfragen im öffentlichen Teil**

PROTOKOLL:

Öffentlicher Teil

zu 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Beratungsinhalt:

Der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Gros, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss:

Der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Gros, schlägt vor, dass der TOP 11 vor den TOP 7 gezogen wird.

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

zu 3 Genehmigung des Protokolls vom 12.08.2024

Beschluss:

Das Protokoll vom 12.08.2024 wird einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

zu 4 Genehmigung des Protokolls vom 25.09.2024

Beschluss:

Das Protokoll vom 25.09.2024 wird einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 7
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 1

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil

Es gibt keine Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil.

zu 6 Einwohnendenfragen

Beratungsinhalt:

Ein Einwohner stellt folgende Einwohnendenfrage:

TOP 7: Sachstandsbericht zur Durchgängigkeit der Ilmenau - Planung der Anlagen zum Fischaufstieg

„Warum ist es nicht möglich, die unstrittige Anlage an der Ratsmühle vor die Anlage Abts- und Pferdemühle zu ziehen?“

Herr Moßmann, Erster Stadtrat, erklärt, dass Herr Schulz die Frage in seiner Vorstellung zu TOP 7 beantworten werde.

zu 7 Sachstandsbericht zur Durchgängigkeit der Ilmenau - Planung der Anlagen zum Fischaufstieg

Beratungsinhalt:

Herr Schulz, Bereichsleitung Umwelt, berichtet über den aktuellen Sachstand zur Durchgängigkeit der Ilmenau. Das LAVES habe im Oktober gegenüber dem NLWKN eine Stellungnahme abgegeben, in der kritisiert wurde, dass die Fische beim Abstieg nicht hinreichend vor den Turbinen geschützt seien. Am 20.11.2024 habe daraufhin der NLWKN einen ablehnenden Förderbescheid erteilt. Das Land Niedersachsen stelle jedoch freiwillig finanzielle Mittel bereit, um durch einen externen Gutachter die Möglichkeit der Rückkehr von Fischen zum Meer neu beurteilen zu können. Es bestehe grundsätzlich die Möglichkeit, in Zukunft einen neuen Antrag einzureichen.

Ratsherr Pols erkundigt sich, was die Situation konkret im Hinblick auf die Wasserrahmenrichtlinie und die Wasserschutzrichtlinie bedeute.

Herr Schulz erläutert, dass Wasser Ländersache sei. Seit Jahren werde das Land Niedersachsen darauf hingewiesen, dass die Hansestadt Lüneburg als Untere Wasserbehörde hier keine Maßnahmen umsetzen könne. Wie das Land die Vorgaben umsetze, sei dessen Aufgabe.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Grimm erklärt Herr Schulz, dass ein neuer Förderantrag frühestens im Herbst 2025 gestellt werden könne, sodass die Bauarbeiten 2026 beginnen könnten. Ein Bau zur Schaffung der Durchgängigkeit an der Ratsmühle sei 2026 nicht umsetzbar. Es sei nicht möglich,

beide Projekte personell gleichzeitig zu bearbeiten. Weitere Maßnahmen würden in 2025 vorgestellt.

Herr Spließgar merkt an, dass die derzeitige Anlage nicht gesetzeskonform und deshalb abgelehnt worden sei. Kritisch zu sehen sei die Stromerzeugung mit der Anlage.

Herr Schulz stellt klar, dass für die Aufstiegsanlage zwar keine Baugenehmigung erforderlich sei, jedoch andere Genehmigungen. Die Anlage sei grundsätzlich genehmigungsfähig, aber die kritische Frage bleibe die Förderfähigkeit. Die Abtsmühle in Lüneburg sei eine stromerzeugende Anlage mit altem Recht. Änderungen an der Stromerzeugung könnten entschädigungsrelevant sein. Rechtlich sei die Anlage zulässig, werde jedoch fachlich nicht als optimal angesehen.

Auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden, Ratsherrn Gros, antwortet Herr Schulz, dass gegen einen Antrag für die Ratsmühle nichts einzuwenden sei.

Der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Gros, verabschiedet Frau Uta Hesebeck und Herrn Volker Schulz, für welche dies jeweils die letzte Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima, Grünflächen und Forsten ist und bedankt sich bei beiden für die langjährige gute Zusammenarbeit.

Beschluss:

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

zu 8 **Beratung zum Haushalt 2025/2026 im Baudezernat für den Bereich 73 Friedhöfe und Bereich 74 Grünplanung und Forsten** **Vorlage: VO/11567/24**

Beratungsinhalt:

Herr Prigge, Fachbereichsleitung Finanzen, stellt die Haushaltslage der Stadt für die Jahre 2025 und 2026 dar. Maßnahmen wie eine haushaltswirtschaftliche Sperre seien geplant, um den Jahresfehlbetrag weiter zu reduzieren. Die Personalaufwendungen seien bedingt durch eine hohe Besetzungsquote und hohe Tarifabschlüsse besonders hoch. Hinzu kommen 29 neue Stellen. Der Stellenplan wurde im Finanzausschuss am 21.11.2024 vorgestellt. Die freiwilligen Leistungen werden aufgrund des politischen Interesses im vergangenen Jahr dieses Mal näher erläutert.

Frau Keuter stellt die freiwilligen Leistungen des Fachbereichs 7 vor. Sie erläutert, dass für Klimafonds-Maßnahmen 245.000 € für 2025 und 70.000 € für 2026 vorgesehen sind.

Ein weiteres Thema sei das Entgelt in Höhe von jährlich 347.395 € an die AGL im Rahmen der Geschäftsbesorgung. Zudem sei die Stadt neues Mitglied im „Naturpark Lüneburger Heide“ mit einem jährlichen Beitrag von 6.600 €. Die Mitgliedschaft habe bisher ein positives Echo erhalten.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Grimm erklärt Herr Prigge, dass es sich bei dem Betrag an die AGL um reine Entgelte handeln würde, weil die AGL fast keine eigenen Mitarbeiter:innen habe.

Ratsherr Gros ist überrascht von der Kürzung des Klimafonds. Bereits die bisherigen Mittel seien zu gering im Angesicht der zunehmenden spürbaren Auswirkungen des Klimawandels.

Frau Keuter stellt klar, dass der genannte Betrag nur den Anteil des Dezernats VI betreffe. Die weiteren Mittel aus Dezernat III blieben auf gleichem Niveau.

Frau Hesebeck, Fachbereichsleitung Tiefbau und Grün, weist darauf hin, dass hier nur der Ergebnishaushalt behandelt werde, der konsumtive, aber keine investiven Maßnahmen umfasse. Klimaanpassungsmaßnahmen im Tiefbau seien hiermit nicht finanziert. Für die hier vorgesehenen kleineren Anpassungen gebe es jedoch zahlreiche neue Förderprogramme.

Ratsherr Herzog erbittet eine ausführlichere Erläuterung und fragt, warum es zu der Kürzung in 2026 kommt.

Frau Hesebeck erklärt, dass der Klimafonds aufgeteilt sei. Das Dezernat III finanziere Maßnahmen wie Gründächer, Fassadenbegrünung und Photovoltaik, während Fachbereich 7 für Bepflanzungsmaßnahmen wie Neupflanzungen von Bäumen, kleinere Entsiegelungen und Aufforstungen zuständig sei. Größere Maßnahmen, wie am Ostpreußenring, würden als investive Projekte behandelt. Langfristig seien die Flächen für Aufforstungen und kleinere Entsiegelungen begrenzt. Die großen, bedeutenden Projekte seien jedoch teilweise zu 90 % förderfähig und würden weitergeführt. Konsumtive Maßnahmen können nicht in den investiven Bereich übertragen werden.

Herr Prigge ergänzt, dass im Sinne der Transparenz konkrete Projekte dargestellt werden sollen, anstatt einen weiteren Sammeltopf zu bilden.

Frau Ahlers weist auf einen neuen Förderfonds des Bundes hin, der den Erhalt von Gehölzbestand und kleine Entsiegelungsmaßnahmen unterstützt. Sie fragt, ob es realistisch sei, für Lüneburg Fördermittel zu beantragen. Diese müssten jährlich neu beantragt werden.

Frau Keuter erklärt, dass sich die Verwaltung mit dem Thema befasse. Allerdings verzögere Personalmangel die Bearbeitung. Fördermittel werden regelmäßig beantragt.

Ratsherr Pols fragt nach, ob im Roten Feld eine Fläche neu asphaltiert wurde.

Frau Hesebeck führt aus, dass Randbereiche im Rahmen des Glasfaserausbaus bearbeitet worden seien. Zusätzliche Versiegelung finde nicht statt.

Herr Prigge präsentiert die Investitionen des Haushaltes. Die Investitionen für die Jahre 2025 und 2026 betragen jeweils über 50 Millionen €, wobei weniger als 50 % davon gegenfinanziert sind. Die Kredite können nicht aus dem Verwaltungshandeln gedeckt werden, was zu einer Nettoneuverschuldung von über 20 Millionen € führt. Die derzeitige Entwicklung der bilanziellen Verschuldung und des Eigenkapitals sei kritisch.

Frau Keuter erläutert den Haushalt von dem Bereich Grünplanung und Forsten. Die Erträge belaufen sich 2025 auf 35.900 € und 2026 auf 10.900 €. Die Aufwendungen liegen jeweils bei über 3 Millionen €, wobei die Abschlagszahlungen an die AGL mit rund 2,8 Millionen € den größten Posten ausmachen.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Grimm erklärt Frau Keuter, dass Ersatzmaßnahmen individuell bewertet würden. Ein Bericht zur Entwicklung folge nächstes Jahr.

Frau Keuter führt weiter aus, dass für die investive Ausstattung von Spielplätzen 2025 und 2026 jährlich 60.000 € zur Verfügung stehen. Ein Großgerät koste zwischen 25.000 und 35.000 €, weshalb nur wenige Anschaffungen möglich seien. Die Warteliste für Ersatzgeräte sei relativ lang. Wenn Rutschen oder Schaukeln entfernt werden, solle gleichwertiger Ersatz geschaffen werden.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Gros antwortet Frau Keuter, dass um die Umsetzung der Warteliste der Ersatzgeräte abzarbeiten insgesamt 300.000 € benötigt würden.

Ergänzung:

In 2024 sind besonders viele Großgeräte abgebaut worden. Mit einer Erhöhung würde man den Rückstau reduzieren können.

Sie berichtet weiter über den Ausbau anhand der Prioritätenliste, der sich durch Personalabgänge verzögert habe. Der neue Kollege Herr Herzberg werde sich künftig um diesen Bereich kümmern. Die Spielplätze Klosterkamp und Hans-Tönjes-Ring wurden fertiggestellt. Für 2025 seien die Spielplätze Salzbrückerstraße und Eichenhain geplant. Ein Vorentwurf dafür existiere bereits. Aufgrund der Haushaltslage seien Investitionen in die Kurparkwege ausgesetzt.

Das Programm „Grün verschafft sich Raum“ sei um 20.000 € erhöht worden. Das Programm „Spielen und Verweilen in der Stadt“ sehe für 2025 Mittel in Höhe von 50.000 € vor, um weitere Planungen, z.B. in Form von Stadtmobiliar, umzusetzen. Die Umgestaltung des Marienplatzes werde weiterver-

folgt, falls der Rat dies beschließen. Die meisten Standorte des Projekts „Grüne Oasen 2.0“ seien umgesetzt, die restlichen Standorte würden mit den vorgesehenen 50.000 € in 2025 fertiggestellt.

Für die Süzwiesen sei eine multifunktionale Nutzung geplant. 2025 solle zuerst der Skatepark erweitert werden. Für 2026 seien dann mobile Bewegungsgeräte, kleine Treffpunkte und ein Lehrpfad am Kalkberg vorgesehen.

Auch im Rahmen des „Grünband Innenstadt“ seien noch einzelne Maßnahmen geplant, die durch den Rahmenvertrag beschlossen wurden, darunter der Aussichtspunkt am Kreidebergsee und der Spielplatz Liebesgrund.

Zudem seien Spielplätze für Neubaugebiete und im Baugebiet Wienebüttel in Planung.

Herr Wittenburg, forstwirtschaftliche Leitung, stellt die Haushaltsplanung für den Bereich Forsten vor. Die Erträge belaufen sich auf rund 700.000 €, die vor allem aus dem Holzverkauf und Nebennutzungen stammen. Aufgrund politischer Maßnahmen sei die Kalkulation jedoch schwierig. Das Nachhaltigkeitskonzept werde weiterverfolgt. Die Aufwendungen umfassen unter anderem die Bewirtschaftung von Grundstücken und baulichen Anlagen, die Haltung von Fahrzeugen sowie eine kleine Position für die Ersatzbeschaffung von Arbeitsgeräten.

Ratsherr Herzog bittet um eine genauere Beschreibung der Aufwendungen und Erträge. Er fragt zudem, ob es eine Perspektive gebe, durch resilientere Wälder langfristig Personalkosten einzusparen und die Zukunftsfähigkeit des Waldes zu sichern.

Herr Wittenburg verweist auf den Forstwirtschaftsbericht, der eine Vollkostendarstellung enthalte. Der Lüneburger Stadtwald sei bereits für den Aufbau resilienter Wälder seit Jahrzehnten bekannt und befinde sich auf einem sehr guten Weg. Stilllegungsflächen seien mit fast 12 % bereits über dem angestrebten Ziel. Ein gewisses Potenzial bestehe weiterhin, jedoch habe sich die Forstwirtschaft bereits stark auf diesen Bereich fokussiert.

Herr Hockemeyer, Friedhofsleitung, stellt den Haushaltsplan für den Bereich Friedhöfe vor. Die Erträge belaufen sich auf 1,25 Millionen € und stammen zum großen Teil aus den Gebühren für Gräber und Bestattungen.

Die Aufwendungen liegen bei 300.000 € und umfassen unter anderem die Bewirtschaftung und Unterhaltung von Grundstücken, Gebäuden und Wegen, Öffentlichkeitsarbeit und Mieten und Pachten. Für 2025 und 2026 sind die Sanierung historischer Grabstätten, die Einrichtung neuer Grabfelder sowie Öffentlichkeitsarbeit, unter anderem durch den Friedhofstag, geplant. Investitionen betreffen hauptsächlich den Ausbau von Friedhofswegen, die Einrichtung von Grabfeldern und Geräte und Fahrzeuge. Zudem sollen Kriegsgräberstätten mit hohen Fördersummen erneuert werden. 2026 werde ein neuer E-Transporter gekauft und die Kapelle neu bestuhlt. Er stellt durchgeführte Projekte vor.

Der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Gros, hebt die Bedeutung für Erinnerungskultur hervor und lobt die Arbeit von Herrn Hockemeyer.

Ratsherr Blanck erkundigt sich nach Baumgräbern auf dem Waldfriedhof sowie der generellen Entwicklung im Bestattungswesen. Er stellt fest, dass der Anteil an Urnenbestattungen steige und fragt nach der langfristigen Perspektive der Friedhöfe in den nächsten 10 bis 20 Jahren.

Herr Hockemeyer erläutert, dass 65 % der Bestattungen Urnenbestattungen seien. Er betont die Notwendigkeit, mit einer ansprechenden Gestaltung wieder mehr Menschen auf die Friedhöfe zu locken. Pflegeleichte Anlagen seien ein wichtiger Aspekt, da viele Angehörige nicht mehr vor Ort wohnen. Trotz des steigenden Freiflächenanteils werde mit Angeboten wie Baumgräbern versucht, dem entgegenzuwirken. Lüneburg sei im Vergleich zu anderen Städten gut aufgestellt.

Ratsherr Blanck merkt an, dass viele Bestattungsunternehmen mittlerweile eigene Trauerhallen betreiben, wodurch die Stadt Einnahmen verliere. Er fragt, ob sich dieser Trend fortgesetzt habe und ob alternative Nutzungsmöglichkeiten für Friedhofskapellen denkbar seien.

Herr Hockemeyer bestätigt, dass durch die Abwanderung Gebührenverluste entstanden seien. Etwa ein Drittel der Trauerfeiern werde noch in den städtischen Kapellen begleitet. Ziel sei es, diese wieder attraktiver zu gestalten. Eine alternative Nutzung sei grundsätzlich denkbar.

Ratsherr Nehring erkundigt sich nach muslimischen Bestattungsmöglichkeiten auf dem Waldfriedhof.

Er fragt, ob diese angenommen werden und ob es Bestattungsformen gebe, die derzeit nicht umgesetzt werden können.

Herr Hockemeyer berichtet, dass es jährlich 10 bis 15 muslimische Beisetzungen gebe, die dankbar angenommen würden. Allerdings fehle noch ein Waschraum, weshalb einige Bestattungen nicht vor Ort durchgeführt werden könnten. Der Großteil der muslimischen Bestattungen erfolge weiterhin auf Friedhöfen in Hamburg.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Klima, Grünflächen und Forsten fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Der Haushaltsplanentwurf zum Doppelhaushalt 2025/2026 für die Teilfinanzpläne und die Teilergebnispläne für die Bereiche 73 und 74 im Baudezernat wird zur Kenntnis genommen.

zu 9 Forstbericht 2023 Vorlage: VO/11603/24

Beratungsinhalt:

Herr Wittenburg, Leitung Forsten, erläutert, dass bei der Pflanzung das Ziel verfolgt werde, dass sich die Wälder langfristig selbst erneuern können. Perspektivisch solle im Stadtgebiet in 200 Jahren kein Baum mehr gepflanzt werden. Dabei sei die Bedeutung von Habitatbäumen für die Natur besonders sinnvoll. Langfristig solle eine nachhaltige Holznutzung angestrebt werden, weshalb eines der Ziele die Produktion gerader, dicker Baumstämme ist, aus denen ein hoher Anteil langlebiger Holzprodukte hergestellt werden kann.

Aktuell arbeiten die sechs Mitarbeitenden an 40 Forstorten und 50 Kilometern verkehrssicherungspflichtigen Außengrenzen. Schwerpunkte im Jahr 2023 waren die Verkehrssicherung, das Borkenkäfermanagement und die Waldbrandprävention. Es bestünden weiterhin angespannte Verhältnisse und erhebliche Waldschäden. Auf Flächen, die keine Wirtschaftswälder sind, sei der Aspekt der Verkehrssicherung besonders wichtig und müsse individuell abgewogen werden.

Die Erträge stammen im Wesentlichen aus dem Holzverkauf. Insgesamt wurde ein Defizit von 24.000 € verzeichnet, wobei der reine Forstbetrieb einen Überschuss von etwa 36.000 € erwirtschaftete. Die Kosten für die Erholungsmöglichkeiten im Wald wirken sich finanziell negativ aus. Herausforderungen seien unter anderem der Müll durch Besuchende und die Nutzung durch obdachlose Personen.

Herr Herzog regt an, die Kosten für Personal und Geräte durch resiliente Bepflanzung stärker zu reduzieren.

Ratsherr Blanck merkt an, dass in der Übersichtskarte die Fläche zwischen dem Bilmer Berg und dem Elbe-Seitenkanal fehle. Er fragt, wer diese Fläche bewirtschaftet.

Herr Wittenburg erklärt, dass die Fläche nur noch nicht kartemäßig erfasst sei.

Der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Gros, bedankt sich für den Vortrag und hinterfragt, ob sich der Personalaufwand bei sehr kleinen Flächen lohne.

Herr Wittenburg führt aus, dass es einige Flächen gebe, die sehr aufwendig zu bewirtschaften seien. Tendenziell fielen besonders kleine Flächen durch den Aufwand für die Verkehrssicherung auf.

Beschluss:

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

zu 10 Verwendung von Klimabäumen bei Nachpflanzungen
Vorlage: VO/11604/24

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Klima, Grünflächen und Forsten fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Vorlage wird vertragt gem. § 8 Abs. 1 c der Geschäftsordnung des Rates der Hansestadt Lüneburg.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

zu 11 Darstellung Förderprojekt der Deutschen Wildtierstiftung "Schutz von Fledermäusen in Stadt und Landkreis Lüneburg"
Vorlage: VO/11600/24

Beratungsinhalt:

Herr Gloza-Rausch stellt die Ergebnisse eines Schutz- und Forschungsprojekts über Fledermäuse am Lüneburger Kalkberg vor. In den Kalkbergen von Lüneburg und Bad Segeberg befinden sich Höhlen, die Fledermäusen als Lebensraum dienen und im Winter zur Überwinterung genutzt würden. In Bad Segeberg befindet sich eine der ersten entdeckten Höhlen mit einem großen Fledermausaufkommen, wo das Auftreten der Tiere mithilfe von Lichtschranken dokumentiert wurde. Viele Tiere würden im Februar und April abwandern, vereinzelt im Sommer zurückkehren und im Herbst in großer Zahl in die Region kommen.

Der Lüneburger Kalkberg habe als Rohstofflieferant für den Bau von Gebäuden gedient und besitze mittlerweile den Status eines Naturschutzgebiets. Die Felswände in Lüneburg haben zahlreiche kleine Eingänge. Ein Vergleich der Kalkberge in Lüneburg und Bad Segeberg zeige, dass beide Gebiete möglicherweise ähnliche Dimensionen aufwiesen. Am Lüneburger Kalkberg seien in einer Nacht 349 Fledermäuse gefangen worden. Bisher seien am Lüneburger Kalkberg acht verschiedene Fledermausarten nachgewiesen worden, von denen sechs besonders häufig seien. Es sei denkbar, dass auch der ein Höhlenkäfer in Lüneburg vorkomme, der in Bad Segeberg nachgewiesen wurde.

Das Forschungs- und Schutzprojekt in Lüneburg werde durch Fördergelder unterstützt, um die besondere Bedeutung des Gebiets zu untersuchen. Beringungen würden durchgeführt, um das Einzugsgebiet der Tiere zu bestimmen und Quartiere wie Fledermauskästen zu optimieren. Bislang seien 350 Tiere markiert worden, jedoch noch kein Tier erneut gefangen worden, was zu verschiedenen Theorien führe. Nun werde das Projekt verlängert.

Frau Keuter, Bereichsleitung Grünplanung und Forsten, informiert, dass das Projekt aus Mitteln des Grünbands Innenstadt mit 5.000 Euro gefördert werde. Der Gesamtbetrag des Projekts belaufe sich auf 100.000 Euro und werde primär durch die Deutsche Wildtier Stiftung finanziert.

Der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Gros, bedankt sich und verweist darauf, dass der Lüneburger Kalkberg als eines der ersten Naturschutzgebiete in Niedersachsen ausgewiesen worden sei. Er fragt, ob die bestehende Verordnung der Bedeutung des Gebiets gerecht werde.

Herr Gloza-Rausch erklärt, dass Fledermäuse auch über geltende artenschutzrechtliche Vorschriften

geschützt seien. Der Kalkberg sei jedoch kein Fauna-Flora-Habitat-Gebiet, anders als Bad Segeberg. Die Verordnung sollte angepasst werden, um aktuellen Herausforderungen wie Lichtschutz und Müllprobleme durch Besuchende gerecht zu werden.

Beschluss:

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

zu 12 Anfragen im öffentlichen Teil

Es gibt keine Anfragen im öffentlichen Teil.

